

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Verstrickungen in Asien

Der Vietnamkrieg ist für die Vereinigten Staaten keine Episode, auch wenn die Verantwortlichen ihn anfänglich für eine solche gehalten haben mögen. Er ist keine Episode, weil sein Ende sich nirgends abzeichnet, und weil in seiner weiteren Entwicklung vielfache politisch-militärische Folgen zu erwarten sind.

Dieser Krieg ist ein Ausdruck für die grundlegende Veränderung der amerikanischen Außenpolitik. Siebzehn Jahre nach der Gründung des Atlantik-Paktes verlagert sich ihr Schwergewicht nach Ostasien. Nachdem ein Vierteljahrhundert lang die Losung

„*Europe first*“ die amtliche Doktrin leitete, wird sie nunmehr ersetzt durch die Devise „*Asia first*“, unter der manche Republikaner vergeblich gegen den Kurs *Truman-Marshall* angekämpft hatten.

Der grundlegende Wechsel wird durch die Veränderung der strategischen Weltlage hervorgerufen, was insbesondere die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen beeinflusst. Zwischen beiden Mächten herrscht de facto ein Gentleman Agreement auf der Basis des europäischen Status quo. Ihre Beziehungen haben sich konsolidiert, indem sie auf der durch den zweiten Weltkrieg geschaffenen Teilung der Einflusssphären beruhen. Weder die USA noch die UdSSR sind willens, einen Krieg zu führen, um die vorhandene Karte Europas umzustürzen.

Die gesamte Nachkriegspolitik hat das unzweideutig bewiesen. Die wirtschaftliche und politische Festigung Westeuropas hat zu der

Stabilisierung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen genauso beigetragen wie die gefürchtete Macht der Atomwaffen. Die Lage in Europa erlaubt heute niemandem, mit revolutionären Ausbrüchen zu rechnen, die einem Staat Gelegenheit geben könnten, durch eine militärische Intervention rasch den Raum seines Einflusses zu vermehren. Es droht kein Angriff von Seiten der Roten Armee, und eine kommunistische Machtübernahme steht weder in Frankreich noch in Italien bevor. Die Lage hat sich seit den ersten Jahren nach dem Kriegsende wesentlich verändert.

Das ermöglicht es der amerikanischen Regierung, ihr Augenmerk von Europa wegzulenken und sich anderen Kontinenten zuzuwenden. Die Umorientierung kündigte sich offen unter der Präsidentschaft *Kennedys* an, der den Ausgleich in Europa suchte, doch von Kuba bis Vietnam offensiv wurde. Die Auffassung setzte sich endgültig durch, daß der Friede mit der Sowjetunion notwendig und möglich sei, daß man in Europa das Optimum erreicht habe und die Starrheit der Lage eine zusätzliche Entfaltung der amerikanischen Macht verhindere. Das weite Feld der Entwicklungsländer wurde statt dessen wesentlich anders beurteilt. Hier war in der Tat die wirtschaftlich-politische Lage überhaupt nicht stabilisiert. Es handelte sich durchweg um labile Gebilde, die in jedem Augenblick von revolutionären Stürmen geschüttelt werden könnten. Es gab keine Fronten und starren Grenzen, es gab Weite und Manövermöglichkeit. Nicht zuletzt fehlte die direkte Tuchfühlung mit der sowjetischen Militärmacht wie in Europa, wo jeder Konflikt die beiden Weltmächte unmittelbar gegeneinanderzubringen droht. Kennedy machte bereits den Unterschied zwischen dem „gemäßigten“ russischen und dem „aggressiven“ chinesischen Kommunismus. „So sind für uns ganz offensichtlich die von *Chruschtschow* vertretenen Ansichten besser als die der chinesischen Kommunisten“, erklärte er im Dezember 1962.

Das im Sommer 1963 unterzeichnete Abkommen über das teilweise Verbot von Kernexplosionen entsprach dieser Linie der Verständigung mit der UdSSR, während sich die Stoßrichtung gegenüber China verstärkte. Das Zerwürfnis zwischen Peking und Moskau nahm dadurch beträchtlich zu, und die Wortführer der chinesischen Politik begannen vom „russisch-amerikanischen Komplott“ gegen China zu sprechen. Objektiven Beobachtern muß ein solcher Schluß als gewagt und polemisch überspitzt erscheinen. Dennoch ging die Entspannung in Europa, die nach der Unterzeichnung des Atomabkommens immer offensichtlicher wurde, mit einer Entfaltung der amerikanischen Macht in Ostasien einher. Die USA hatten die Absicht, ihre Kraft gegen den als gefährlicher bezeichneten chinesischen

Kommunismus einzusetzen. Präsident *Johnson* erweist sich dabei als folgerichtiger Verwalter des *Kennedyschen* Erbes.

In Vietnam setzte er, unter zusehends schwierigeren Bedingungen, den begonnenen Kurs fort. Damit verstärkten sich die asiatischen Akzente der amerikanischen Außenpolitik. Vor einiger Zeit verkündete *Johnson* zum erstenmal den Gedanken eines „pazifischen Zeitalters“, eines von den Vereinigten Staaten kontrollierten fernöstlichen Raumes. Dieser wird für die amerikanischen Interessen als so „lebenswichtig“ bezeichnet wie Europa. Nur steht jetzt Asien im Vordergrund, während der europäische Kontinent, ohne seine entscheidende Bedeutung einzubüßen, an die zweite Stelle rückt.

Die *Konferenz von Manila* war ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege dieser neuen Politik, deren weitreichende Implikationen heute nicht voraussehen, bestenfalls zu errahnen sind. Durch die Anwesenheit von sieben Regierungsdelegationen sollte die Konferenz den Nachweis erbringen, daß die Vereinigten Staaten nicht isoliert seien und über Bundesgenossen verfügten. Sie sollte der militärischen Intervention in Vietnam einen Rückhalt verschaffen, der ihr so not tut. Wenn *Johnson* von einer „Sphäre des Wohlstands und des Friedens“ sprach, die es in Ostasien zu errichten gelte, so kann das nur im Zusammenhang mit seiner Haltung in Vietnam betrachtet werden. In der Tat wird diese Haltung zur Illustrierung der „neuen asiatischen Optik“ angeführt.

Johnson präsentierte diese Politik als Nachbarschaftshilfe: „Laßt die Tyrannen der Welt wissen, daß, wenn sie ihre Nachbarn angreifen, die Freunde der Nachbarn dasein werden, um ihnen zu helfen.“ Vietnam dient als Beispiel: Die USA seien zur Stelle, um einem angegriffenen Volk beizustehen. Was beruhigend wäre, wenn es der Wahrheit entspräche, ist beängstigend, wenn man von anderen Voraussetzungen ausgeht. Tatsächlich ist die amerikanische These höchst fragwürdig. Es ist unbestritten, daß die Vereinigten Staaten in Vietnam, von Beginn bis heute, nicht dem demokratischen Ruf eines angegriffenen Volkes folgten, sondern Diktatoren unterstützten, die dieses Volk mundtot machten.

Das jetzt entstehende Bündnis ist asiatisch mehr dem Scheine als der Wirklichkeit nach. Seine Substanz ist die amerikanische Macht. Ohne sie ist es hinfällig, wie auch der südvietnamesische Staat ohne die Gegenwart amerikanischer Truppen nicht existent wäre. Vier der vertretenen sieben Länder haben mehr oder weniger starke US-Verbände auf ihrem Boden stehen: Südvietnam, Südkorea, Thailand und die Philippinen. Sie befinden sich in militärischer, finanzieller und politischer Abhängigkeit von Washington. In Malaysia werden die

bis jetzt vorherrschenden britischen Interessen immer mehr von denen der USA verdrängt. Australien und Neuseeland gehören zwar geographisch zum fernöstlichen Gebiet, doch haben sie nichts mit dessen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, nationalen Problemen gemein. Im Gegenteil, sie stellen sich den asiatischen Völkern als Fremdkörper dar, der an die vergangene Ära der Kolonialimperien erinnert. Trotz des Bemühens, die amerikanische Isolierung zu verbergen, ist die Konferenz von Manila eher dazu angetan, sie zu unterstreichen. Nur ein Bruchteil der asiatischen Nationen war dort vertreten, die größten unter ihnen waren abwesend. Natürlich fehlte China, gegen das sich das Bündnis im wesentlichen richtet, aber es fehlten auch Indien, Indonesien und Japan. Washington will mit seiner Initiative diese Staaten gerade zu einer Politik zwingen, die ihnen widerstrebt. Es will sich ihnen als asiatische Führungsmacht auflegen. Gewiß ist der Hauptstoß gegen China gerichtet, das nicht wenig Furcht einflößt. Der amerikanische Versuch zielt darauf ab, die vorhandene Furcht künstlich mehrend, den eigenen Einfluß zu verankern. Die Annahme der Unentbehrlichkeit der amerikanischen Präsenz ist die unerläßliche Voraussetzung für die Entfaltung dieser Politik. Die Furcht vor China ist das Einlaßtor der Vereinigten Staaten.

Eine Analogie mit den Verhältnissen in Europa nach dem Ende des zweiten Weltkriegs ist nicht abwegig: Erst die Angst vor der UdSSR gab den USA die Möglichkeit, einen beherrschenden Einfluß auszuüben und die Atlantik-Allianz zu errichten. Der jetzt in Asien unternommene Versuch ist ähnlich, nur sind die Bedingungen unvergleichlich schlechter. Während es tatsächlich gelang, die Gesamtheit Westeuropas in einem Bündnis zu vereinen, stehen die Vereinigten Staaten heute noch an der Peripherie der asiatischen Gesellschaft. Diese mißtraut ihnen am meisten in ihren fortschrittlichen Gruppen. Die in Manila versammelten asiatischen Regierungsvertreter verdanken ihre Funktion keiner demokratischen Legitimation. Sie waren Abgesandte herrschender oligarchischer Schichten: Militärdiktatoren, Feudale, Handelskapitalisten, die konservativste Tendenzen verkörpern und in scharfem Konflikt mit den Verfechtern moderner gesellschaftlicher Ideen stehen. Ihre Regime sind mehr oder weniger brüchig. Sie fürchten, dem Volk das Wort zu geben, und vertrauen vor allem auf die Hilfe Washingtons. Ihrer Schwäche eingedenk, sind sie daher im allgemeinen nicht bereit, die amerikanischen Kriegsanstrengungen aktiv zu unterstützen, und fordern statt dessen vorrangig eine Erhöhung ihrer Subsidien.

Das ist ein wesentlicher Unterschied zur Lage im Nachkriegs-Europa, wo die von den USA ermunterten Staaten wirklich den weit-

aus größten Teil ihrer Völker repräsentierten. Hier baute die amerikanische Politik auf dem festen Fundament kräftiger Gesellschaften, in Asien befindet sie sich auf sandigem Gelände. Den größten Teil Asiens hat sie nicht mit, sondern gegen sich. Und ihre fragwürdigen Verbündeten stellen mehr eine Belastung als einen Vorteil dar.

Trotz vielfacher Friedensbekundungen ist es der amerikanischen Regierung bis heute nicht gelungen, in den von ihr unterstützten Ländern ein lebensfähiges gesellschaftliches Konzept zu entwerfen, das eine Antwort auf die Unterentwicklung darstellte und der Beseitigung von Stagnation, Feudalität und Korruption dienen könnte. Alle schönen Projekte blieben bis jetzt Projekte, während die traurige Wirklichkeit fort dauerte. Die Hilfe war in der Hauptsache Militärhilfe. Um sie herum lagerte sich eine dünne Schicht von Nutznießern, wodurch sich jedoch der allgemeine Zustand keineswegs verbesserte. Das demokratische Ziel wurde durch das Bündnis mit Militärdiktatoren, soziale Reform durch die Verbindung mit der reichen Oberschicht demontiert.

Die Zusammensetzung der Konferenz von Manila bewies nicht, daß sich daran irgend etwas geändert hätte. Wenn im Schlußkommunique die Saigoner Regierung anläßlich der Durchführung „einer sozialen Revolution von Hoffnung und Fortschritt“ beglückwünscht wird, enthüllt sich einmal mehr gespenstische Irrealität. Man weiß nur zu gut, daß die Diktatur *Cao Kys* weder soziale Revolution noch Flohpfung und Fortschritt verkörpert, daß Reaktion, Elend und Verzweiflung noch nie so verbreitet waren wie gegenwärtig. Die Worte sind Propaganda, und die Propaganda verkleidet andere als die verkündeten Grundsätze. Die einzige Realität der Manila-Konferenz ist der Krieg, dessen verschärfte Fortsetzung. Die Einstellung der Luftangriffe in Nordvietnam, von wichtigen Mittlern als notwendige Bedingung zur Eröffnung von Verhandlungen bezeichnet, wurde genauso verworfen wie jede andere Maßnahme zur Verminderung der militärischen Operationen. Solche Maßnahmen werden allein vom Gegner erwartet.

Die zunehmende Verstrickung der USA in Asien beschwört die Gefahr einer Ausweitung des Krieges, neuer militärischer Verwicklungen, insbesondere mit China, herauf. „In Vietnam stehen uns schwere Tage bevor“, dieser Satz Johnsons, nach dem Ende seiner Asien-Tour, ist der überzeugendste Kommentar zum Treffen von Manila. Es ist möglich, daß die USA schwere Tage nicht nur in Vietnam, sondern auch anderwärts erwarten. Die Spannung mit China wächst, und es war gewiß kein Zufall, daß Peking gerade in diesem Augenblick sein viertes Atomexperiment unternahm. Die Herstellung normaler Bezie-

hungen zu China ist eine wesentliche Aufgabe gegenwärtiger Friedenssicherung. Auch das bejahte Johnson; doch verlangte er dazu — ähnlich wie in der vietnamesischen Frage — eine Änderung der Haltung Pekings, ohne vorerst seine eigene Einstellung einer Revision zu unterziehen. Doch erweist sich gerade dies als notwendig. Wenn die Vereinigten Staaten den Frieden bewahren wollen, dann müßten sie sich zu einer Anerkennung der Volksrepublik bereit finden. Das heißt, sie müßten ihre bisherige Politik, die eine solche Anerkennung ausschloß, aufgeben. Manila weist jedoch eher auf eine Verhärtung des alten Standpunktes denn auf dessen notwendige Veränderung.

Bemerkenswert ist, daß die Vereinigten Staaten im Begriff sind, sich als alleinige westliche Führungsmacht in Ostasien zu etablieren. Das jetzt entworfenen Bündnis scheint dazu ausersehen zu sein, den Ostasienpakt SEATO zu ersetzen. In dem neuen Bündnis findet sich die Mehrzahl der alten Partner. Ausgeschlossen sind Großbritannien, Frankreich und Pakistan, die mehr oder weniger betont der amerikanischen Politik mißtrauen. Offen wird auf diese Weise die Verdrängung der einst in diesem Raum führenden europäischen Staaten ausgedrückt. Jetzt treten die USA als „Ordnungsmacht“ auf, um Asien ihren Interessen zu unterwerfen. Während sie in Vietnam den französischen Einfluß reduzieren, dringen sie an anderen Stellen in die bisherige britische Sphäre ein. In dem ehemals holländischen Indonesien begegnet man ähnlichen Anzeichen.

Sehr wahrscheinlich stehen wir am Anfang eines Weges, der länger sein kann, als es maßgebliche Amerikaner wahrhaben wollen. Das Ende des fernöstlichen Engagements, das in Vietnam mit kleinsten Mitteln und schamhaft begann, ist nicht abzusehen. Nachdem die Vereinigten Staaten sich einmal als Führungsmacht verstehen, werden sie sich täglich wachsender Verantwortung ausgesetzt sehen, was einschließt, daß sie wankenden Regierungssystemen, wie in Vietnam, unter die Arme greifen müssen. Das verlangt ein sich steigerndes militärisches und finanzielles Eingreifen: weit mehr, als man es vielleicht beabsichtigt. Wohl war Johnson mit Sorgfalt darauf bedacht, den Hinweis zu unterstreichen, Amerika wolle nicht führen, nur helfen. Doch ist das nicht mehr als eine taktische Vorsicht, wenn man das Kräfteverhältnis in diesem Bündnis betrachtet.

Die Beendigung des kalten Krieges in Europa ist eine notwendige Bedingung dieser Politik. Washington kann in Europa keine Komplikationen gebrauchen; es benötigt Ruhe, Sicherung der Verhältnisse. Der kalte Krieg wird hier unerträglich, während es in Asien einen heißen gibt. Das Gespräch mit Moskau wird intensiver, die Annäherung der Standpunkte in der Frage der Nichtverbrei-

tung von Atomwaffen, der Verminderung des Truppenkontingents in Europa, der Intensivierung des Handels bereitet sich vor. In diesem Sinn befürwortete Johnson die friedliche Beseitigung der Spaltung Europas „mit Zustimmung der Länder Osteuropas und der Sowjetunion“. Der Satz, daß Deutschland nur vermittelt einer „fortschreitenden Wiederveröhnung“ Europas vereinigt werden könne, klang wie ein Echo auf die Thesen *de Gaulles*. Die „neue asiatische Optik“ der USA scheint die Richtigkeit der französischen Analyse zu bestätigen, während sie gleichzeitig die Schwierigkeiten der amerikanischen Europapolitik verursacht; die Krise der NATO ist nicht zuletzt eine Folge des Umschwenkens der Washingtoner Außenpolitik. Diese setzt die Entspannung in Europa gebieterisch auf die Tagesordnung, was wiederum den europäischen Ländern einen größeren Spielraum für eine selbständige Politik zuweist. Die Kurzsichtigkeit der Regierung *Erhard/Schröder*, die der Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten Beifall zollte und gleichzeitig deren verstärktes Engagement in Europa erhoffte, enthüllt sich an diesem Beispiel auf besonders eindringliche Art.

Heinz Abosch